

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Dr. Lothar Bisky, Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt schnell ratifizieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 20. Oktober 2005 hat die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) das Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen verabschiedet. Bei nur 2 Gegenstimmen (USA, Israel) und 4 Enthaltungen (Australien, Honduras, Nicaragua, Liberia) hat eine große Mehrheit von 148 Staaten für dieses Instrument zum Schutz der kulturellen Vielfalt gestimmt.

Mit dem Übereinkommen soll eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik geschaffen werden. Die Konvention zeigt auf, dass die Globalisierungsprozesse – auch wenn sie neue Möglichkeiten für eine verstärkte Interaktion zwischen den Kulturen schaffen – eine Bedrohung der Vielfalt darstellen und zur Verarmung kultureller Ausdrucksformen führen können. Sie legt deshalb eine Reihe nationaler und internationaler Rechte und Pflichten zum Schutz und zur Förderung kultureller Vielfalt fest und will sicherstellen, dass die Staaten weiterhin die Möglichkeit haben, aktive Politik zur Förderung der kulturellen Vielfalt zu betreiben. Sie wendet sich gegen Bestrebungen, die Märkte der Kulturindustrie wie andere Dienstleistungen zu liberalisieren. Auch bekräftigt die Konvention die besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

In Deutschland wurde die Verabschiedung des Übereinkommens mit großer Zustimmung begrüßt. Dazu beigetragen hat eine von der Deutschen UNESCO-Kommission initiierte „Koalition Kulturelle Vielfalt“.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vorzulegen.

Berlin, den 25. Januar 2006

**Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Petra Sitte
Dr. Lothar Bisky
Cornelia Hirsch
Volker Schneider (Saarbrücken)
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

Begründung

30 Mitgliedstaaten der UNESCO müssen das Übereinkommen ratifizieren, damit sie in Kraft treten kann. Deutschland hätte jetzt die Chance einer der ersten Mitgliedstaaten zu sein und setzt damit ein kulturpolitisches Signal.